V-06 Innerparteiliche Teilhabe für chronisch kranke und hausgebundene Mitglieder ermöglichen

Antragsteller*in: Vanessa Hüber (KV Karlsruhe)
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Politische Teilhabe soll nicht davon abhängen, ob Menschen gesundheitlich in der Lage sind, an Präsenzveranstaltungen teilzunehmen. Viele unserer Mitglieder sind durch chronische Erkrankungen oder andere gesundheitliche Einschränkungen zeitweise oder dauerhaft ans Haus gebunden oder können aufgrund eines erhöhten Infektionsrisikos nicht sicher an Präsenzveranstaltungen teilnehmen.

Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine inklusive Partei, in der alle Mitglieder ihre Perspektiven und Erfahrungen einbringen und gleichberechtigt an politischen Entscheidungsprozessen mitwirken können. Dafür wollen wir unsere parteiinternen Strukturen und Veranstaltungsformate konsequent barriereärmer und gesundheitlich inklusiver gestalten. Dazu gehören sowohl verlässliche digitale Beteiligungsmöglichkeiten als auch ein wirksamer Infektionsschutz bei Präsenzveranstaltungen.

Bündnis 90/Die Grünen verpflichten sich:

1. Hybride Beteiligung zum Standard weiterzuentwickeln: Der Bundesverband entwickelt bis 2027 verbindliche Leitlinien für barrierearme digitale und hybride Veranstaltungsformate. Diese sollen den Landes- und Kreisverbänden sowie den Bundesarbeitsgemeinschaften als Grundlage dienen.

2. Technische und organisatorische Voraussetzungen zu schaffen: Der Bundesverband stellt geeignete digitale Infrastruktur, technische Unterstützung und praxisnahe Handreichungen bereit, damit Gliederungen hybride Veranstaltungen zuverlässig durchführen können.

3. Satzungen und Regelungen anzupassen: Der Bundesverband wirkt darauf hin, dass Satzungen und Geschäftsordnungen der Landes- und Kreisverbände sowie der Bundesarbeitsgemeinschaften, die eine gleichberechtigte digitale Teilnahme noch nicht ermöglichen, entsprechend angepasst werden.

4. Infektionsschutz bei Präsenzveranstaltungen sicherzustellen: Der Bundesverband entwickelt verbindliche Leitlinien für effektiven Infektionsschutz bei allen Parteiveranstaltungen. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen für gute Innenraumluft, effektive Lüftungs- und Luftreinigungskonzepte sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse chronisch kranker und besonders infektionsgefährdeter Mitglieder bei der Veranstaltungsplanung.

5. Betroffene Mitglieder einzubeziehen: Chronisch kranke, hausgebundene und besonders infektionsgefährdete Mitglieder werden bei der Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen beteiligt. Die Teilnahme an digitalen Formaten und der Zugang zu Schutzmaßnahmen dürfen nicht vom Nachweis einer Diagnose, Behinderung oder eines bestimmten Schwerbehindertenstatus abhängig gemacht werden.

6. Politische Mitwirkung unabhängig vom Gesundheitszustand zu sichern: Digitale Beteiligungswege und flexible Kommunikationsformen sollen auch Mitgliedern mit

schwankender Belastbarkeit, eingeschränkter Kommunikationsfähigkeit oder begrenzter Teilnahmezeit ermöglichen, ihre Anliegen einzubringen. Dazu gehören insbesondere Chat, schriftliche Beiträge und die Bereitstellung von Unterlagen im Vorfeld.

7. Eine zentrale Anlaufstelle einzurichten: Der Bundesverband richtet eine zentrale Meldestelle ein, an die sich Mitglieder wenden können, wenn ihnen digitale oder hybride Teilnahme nicht ermöglicht wurde oder bei Präsenzveranstaltungen notwendige Infektionsschutzmaßnahmen fehlen. Die Meldestelle unterstützt bei der Suche nach konkreten Lösungen mit den zuständigen Gliederungen und wertet wiederkehrende Hindernisse aus.

Einfache Sprache

Alle Mitglieder sollen in unserer Partei mitmachen und mitentscheiden können. Das darf nicht davon abhängen, ob sie gesundheitlich an Veranstaltungen vor Ort teilnehmen können.

Viele unserer Mitglieder sind chronisch krank oder haben andere gesundheitliche Einschränkungen. Manche können deshalb nur manchmal oder gar nicht das Haus verlassen. Andere können wegen eines hohen Ansteckungsrisikos nicht sicher an Veranstaltungen vor Ort teilnehmen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen eine Partei sein, in der alle Mitglieder gleichberechtigt mitmachen können. Alle sollen ihre Erfahrungen und Ideen einbringen und bei politischen Entscheidungen mitbestimmen können.

Dafür wollen wir unsere Veranstaltungen und Regeln besser an die Bedürfnisse aller Mitglieder anpassen. Wir wollen digitale Teilnahmen ermöglichen und bei Veranstaltungen vor Ort für guten Infektionsschutz sorgen.

Bündnis 90/Die Grünen verpflichten sich:

1. Hybride Teilnahme zum Standard zu machen. Der Bundesverband erstellt bis 2027 verbindliche Regeln für barrierearme digitale und hybride Veranstaltungen. Diese Regeln sollen den Landes- und Kreisverbänden sowie den Bundesarbeitsgemeinschaften helfen, solche Veranstaltungen anzubieten.

2. Die nötige Technik und Unterstützung bereitzustellen. Der Bundesverband stellt geeignete digitale Technik, technische Hilfe und praktische Anleitungen bereit. So sollen die Gliederungen hybride Veranstaltungen zuverlässig durchführen können.

3. Satzungen und Regeln anzupassen. Der Bundesverband setzt sich dafür ein, dass die Satzungen und Geschäftsordnungen der Landes- und Kreisverbände sowie der Bundesarbeitsgemeinschaften angepasst werden. Alle Mitglieder sollen auch digital gleichberechtigt teilnehmen können.

4. Für Infektionsschutz bei Veranstaltungen vor Ort zu sorgen. Der Bundesverband erstellt verbindliche Regeln für wirksamen Infektionsschutz bei allen Parteiveranstaltungen. Dazu gehören gute Luft in Innenräumen, wirksames Lüften und Luftreinigung. Bei der Planung sollen die Bedürfnisse chronisch kranker und besonders ansteckungsgefährdeter Mitglieder berücksichtigt werden.

5. Betroffene Mitglieder einzubeziehen. Chronisch kranke, ans Haus gebundene und besonders ansteckungsgefährdete Mitglieder sollen bei der Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen mitwirken. Niemand muss eine Diagnose, eine Behinderung oder einen bestimmten Schwerbehindertenstatus nachweisen, um digital teilnehmen oder Schutzmaßnahmen nutzen zu können.

6. Politische Mitwirkung unabhängig vom Gesundheitszustand zu ermöglichen. Auch Mitglieder, die unterschiedlich belastbar sind, nur eingeschränkt kommunizieren können oder nicht lange teilnehmen können, sollen ihre Anliegen einbringen können. Dafür soll es zum Beispiel Chats, schriftliche Beiträge und Unterlagen vor der Veranstaltung geben.

7. Eine zentrale Anlaufstelle einzurichten. Der Bundesverband richtet eine zentrale Meldestelle ein. Dort können sich Mitglieder melden, wenn sie nicht digital oder hybrid teilnehmen können oder bei Veranstaltungen vor Ort notwendige Schutzmaßnahmen fehlen. Die Meldestelle hilft dabei, gemeinsam mit den zuständigen Gliederungen Lösungen zu finden. Sie wertet außerdem aus, welche Probleme immer wieder auftreten.

Begründung

Politische Teilhabe darf nicht von der Gesundheit abhängen. Chronisch kranke und hausgebundene Mitglieder brauchen verlässliche digitale Beteiligung und Infektionsschutz bei Veranstaltungen in Präsenz. Eine inklusive Partei baut Barrieren ab und ermöglicht allen politische Teilhabe.

weitere Antragsteller*innen

Charlotte Basaric-Steinhübl (KV Mannheim); Jochen Stiepel (KV Hannover); Yvonne Jeschke (KV Herford); Annette Lindemann (KV Bottrop); Philipp Rösch (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sarah Zwittian (KV Hannover); Kristina Schormann (KV Bautzen); Jörn Serbser (KV Hamburg-Eimsbüttel); Marie Elisabeth Zeidler (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Malte Lohmann (KV Hannover); Uta Saenger (KV Hannover); Torben Laverty (aJKV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Silke Lambeck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Michael Oberst (KV Berlin-Pankow); Andreas Strube (KV Hamburg-Harburg); Alina Biesenbaum-Hegemann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); sowie 98 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.